

Die Meisterprämie ist gestartet

Seit Anfang Mai können Jungmeister über ihre Kammer eine Prämie von 1.500 Euro beantragen

Mitte April verkündete Landeswirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut: „Alle Absolventinnen und Absolventen einer Meisterprüfung seit dem 1. Januar 2020 erhalten eine Prämie von 1.500 Euro.“ Die Prämie, für deren Einführung die baden-württembergischen Handwerksorganisationen lange dicke Polit-Bretter bohren mussten, soll die Meisterausbildung im Handwerk stärken und zur dringend notwendigen Fachkräftesicherung beitragen. „Unsere Meisterinnen und Meister leisten wichtige und wertvolle Arbeit, insbesondere für die Ausbildung. Der Meister ist außerdem oft die Grundlage zur Übernahme und Führung eines Betriebs“, so die Ministerin mit Blick auf die Tatsache, dass in den nächsten Jahren bei rund 20.000 Handwerksbetrieben im Land eine Übernahme ansteht.



„
Unsere Meisterinnen und Meister leisten wichtige und wertvolle Arbeit.“

Nicole Hoffmeister-Kraut
Landeswirtschaftsministerin
Foto: Martin Stollberg

Geste der Wertschätzung

Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold fügte hinzu: „Mit der Meisterprämie investiert das Land in kluge Köpfe und die wirtschaftliche Kraft von morgen. Wir freuen uns, dass die Prämie im Mai an den Start geht. Wir wollen mehr junge Menschen für das Handwerk begeistern und sind überzeugt, dass wir dafür starke Signale für die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung brauchen. Ein solches Signal ist die Meisterprämie, sie ist aber trotzdem nur ein Schritt von vielen auf dem Weg zu dieser Gleichwertigkeit. Die Prämie drückt zudem Wertschätzung für die Leistung von Handwerksmeisterinnen und -meistern aus. Längst sind Karriere- und Verdienstperspektiven vergleichbar mit akademischen Bildungswegen. Dieser Gedanke muss sich in der Gesellschaft festsetzen und dazu leistet die Meisterprämie einen wichtigen Beitrag.“ Auch aktuell zeige sich wieder, dass das Handwerk als ver-



„
Mit der Meisterprämie investiert das Land in kluge Köpfe und die wirtschaftliche Kraft von morgen.“

Rainer Reichhold
Landeshandwerkspräsident
Foto: KD Busch/BWHT



Die Prämie soll die Meisterausbildung im Handwerk stärken.

Foto: KD Busch

lässlicher, stabiler und zukunftsorientierter Wirtschaftsfaktor unverzichtbar sei bei der Bewältigung von Krisen.

Meisterbetriebe leisten mehr

Hoffmeister-Kraut und Reichhold betonten, dass ihnen die Anerkennung einer Meisterausbildung im Handwerk ein Herzensanliegen sei und der Meistertitel auch für Qualität bürgere und somit gelebter Verbraucherschutz sei. So bestehen Meisterbetriebe länger am Markt als Betriebe ohne Meister. Während im vergangenen Jahr nur rund sechs Prozent Schließungen bei zulassungspflichtigen Betrieben zu verzeichnen waren, galt dies für jeden siebten zulassungs-

freien Betrieb. Meisterbetriebe leisten außerdem einen entscheidenden Beitrag zur Ausbildung: 95 Prozent der Lehrlinge im deutschen Handwerk werden in Meisterbetrieben oder in Betrieben mit gleichwertig qualifizierten Betriebsleitern ausgebildet.

Förderlücke ausgleichen

Schließlich solle die Meisterprämie auch die Förderlücke ausgleichen, die sich zwischen den anfallenden Fortbildungskosten und den Unterstützungsleistungen auftut, die das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz bietet. Außerdem ginge es um den hohen Stellenwert einer beruflichen Bildung. Während Studierende keine

Studiengebühren bezahlen, können der Meistervorbereitungskurs und die Meisterprüfung, für die Gebühren erhoben werden und bei der teils hohe Materialkosten für ein Meisterstück anfallen, Kosten von bis zu 10.000 Euro verursachen.

Antragstellung seit 1. Mai

Die neue Meisterprämie kann seit 1. Mai bei der zuständigen Handwerkskammer beantragt werden und gilt für alle erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen einer Meisterprüfung seit dem 1. Januar 2020. Das Land Baden-Württemberg stellt dafür im Staatshaushaltsplan 2020/2021 jährliche Mittel in Höhe von 5,5 Millionen Euro bereit. **mb/jn**

Sonderfonds für Investitionen notwendig

Wirtschaftsorganisationen richten gemeinsamen Appell an die Landesregierung

Die Architektenkammer, die Bauwirtschaft Baden-Württemberg, der Handwerkstag und die Ingenieurkammer Baden-Württemberg haben sich zur Corona-Krise mit einem gemeinsamen Appell an die baden-württembergische Landesregierung gewandt. In einem Schreiben an Innenminister Thomas Strobl, Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut, Umweltminister Franz Untersteller und Verkehrsminister Winfried Hermann skizzieren die Wirtschaftsvertreter notwendige Maßnahmen für einen Weg aus der Krise.

Längerfristiger Blick notwendig

„Die Corona-Krise hat alle Wirtschaftsbereiche stark, zum Teil dramatisch getroffen. Neben den kurzfristigen Hilfsmaßnahmen, für die sich die Politik zweifellos engagiert und zutreffend einsetzt, sollte der Blick nun auf Maßnahmen gerichtet werden, die uns mittel- und längerfristig aus dieser Krise herausführen können“, appellieren die vier Präsidenten Rainer Reichhold (Handwerk), Markus Böll (Bauwirtschaft), Markus Müller (Architekten) und Stephan Engelsmann (Ingenieure), gemeinsam an Landesregierung und Kommunen.

Anreize statt Sperren

Die Verbände und Kammern fordern Investitionsanreize statt Haushalts-sperren, wie sie in immer mehr Kommunen aktuell diskutiert werden. „Uns ist bewusst, dass sich die Städte

und Gemeinden aufgrund des zu erwartenden Rückgangs bei den Steuereinnahmen in einer schwierigen Situation befinden. Aber gerade deshalb muss klar sein: Wenn die Kommunen jetzt einen rigiden Sparkurs verfolgen, werden sich die bekannten Probleme weiter verschärfen. Für das Handwerk sind gerade jetzt Aufträge wichtig, um Arbeitsplätze und Betriebe zu sichern“, warnt Reichhold.

Die volle Kraft beibehalten

Bund und Länder, so heißt es in dem Schreiben, stünden in der Pflicht, dass die in den letzten Wochen nicht mehr oder nur im Notbetrieb arbeitsfähigen Behörden und Ämter vor Ort zügig wieder ihre grundsätzliche Arbeitsfähigkeit zurückgewinnen. Denn wenn Zulassungsstellen, Straßenverkehrs- oder Baubehörden nicht mit voller Kraft arbeiten, drohen ganze Wertschöpfungsketten zerschnitten zu werden.

„

Wenn die Kommunen jetzt einen rigiden Sparkurs verfolgen, werden sich die bekannten Probleme weiter verschärfen.“

Rainer Reichhold
Landeshandwerkspräsident

Infrastrukturen erhalten

„Eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur und die Sicherstellung der Versorgung in den Bereichen Energie, Wasser, Breitbandverkabelung und Telekommunikation sind für das Funktionieren unserer Gesellschaft insbesondere in Krisenzeiten unabdingbar. Baustellen oder Bauarbeiten in diesen systemrelevanten Bereichen müssen auch vor dem Hintergrund der Beschränkungen des öffentlichen Lebens weiterlaufen. Hier hat die öffentliche Hand eine große Verantwortung“, erklärt Böll. Um die Kommunen zum Festhalten an und zur Neuvergabe von Aufträgen der geschilderten Art zu ermuntern, halten die Verbände und Kammern die Einrichtung eines Investitionsfonds durch das Land für eine geeignete, notwendige und effektive Maßnahme. Dieser könne Fördermittel zur Infrastrukturfinanzierung bereitstellen und bei Kommunen und der Bauwirtschaft für längerfristige Planungssicherheit sorgen.

Investitionsanreize setzen

„Fehlen Kunden und Aufträge, dann fehlt den Unternehmen auch der nötige Umsatz - das gilt für alle in der Wertschöpfungskette. ‚Bau‘ Beteiligten im gleichen Maße. Deshalb appellieren wir an die Landesregierung, im Sinne unserer Argumente auf die Kommunen zuzugehen und die nötigen Investitionsanreize zu setzen“, rufen die Präsidenten abschließend gemeinsam zu einer Investitions-offensive auf. **mb/jn**

Intensive Beratung – nicht nur in der Krise

Verschiedene Angebote für Betriebe in der Krise, aber auch zu Fragen der Strategie und Digitalisierung

Die Landesregierung hat es Ende April beschlossen: Kurzfristig soll eine Krisenberatung für kleine und mittlere Unternehmen kommen, die unter den Folgen der Corona-Krise leiden. Laut Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut benötigen kleine und mittlere Unternehmen wegen der Einbrüche durch die Corona-Pandemie „kurzfristige und niedrigschwellige Hilfestellung durch externe Experten“. Die Krisenberatung soll dazu dienen, in den Unternehmen eine erste Bestandsaufnahme und eine Liquiditätsplanung durchzuführen sowie einen Maßnahmenplan zur Krisenbewältigung zu entwickeln.

Starttermin 11. Mai

Betriebe können bis zu vier Beratungstage kostenlos beantragen. Für das Handwerk übernimmt die Beratung die BWHM GmbH, die Service- und Wirtschaftsförderungstochter des Baden-Württembergischen Handwerkstags (BWHT). Insofern es umsetzbar ist, soll die Beratung per Videokonferenz, E-Mail oder per Telefon erfolgen. Das Land Baden-Württemberg för-

dert die Corona-Beratung mit knapp 2,2 Millionen Euro. Der Start ist für Montag, den 11. Mai geplant. Bereits jetzt können Betriebe die Intensivberatung der BWHM im Rahmen der Zukunftsinitiative „Handwerk 2025“ in Anspruch nehmen. In bis zu zehn geförderten Tagen bietet die Intensivberatung Module nicht nur für Krisenzeiten an. Zu allen Fragen rund um Strategie und Digitalisierung erarbeiten Berater und Betrieb gemeinsam Lösungen. Das können neue Geschäftsmodelle sein, die Digitalisierung von Prozessen oder die Formulierung einer zukunftsfähigen Strategie.

Die „Zukunftsinitiative Handwerk 2025“ ist ein gemeinsames Projekt des Wirtschaftsministeriums und des Baden-Württembergischen Handwerkstages. Das Angebot umfasst unter anderem individuelle Beratungen, Workshops, Erfahrungsaustauschgruppen und innovative Modellprojekte zu den Schwerpunktbereichen Personal, Strategie und Digitalisierung. **mb**

Weitere Informationen
zur Intensivberatung unter:
www.bwhm-beratung.de

AUSBILDUNG

Kurzarbeitende Betriebe entlasten

Die Corona-Krise ist auch für viele Auszubildende und deren Ausbildungsbetriebe spürbar: Berufsschulen sind geschlossen, Prüfungen vorerst verschoben. Vor diesem Hintergrund fordert der Baden-Württembergische Handwerkstag mehr Unterstützung für Ausbildungsbetriebe. Sie müssen in der jetzigen Situation finanziell entlastet werden. „Wir müssen unbedingt vermeiden, dass Handwerksbetriebe, die von der Krise massiv betroffen sind, ihren Auszubildenden kündigen müssen, weil sie keinen weiteren finanziellen Spielraum sehen“, so Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold. Das Handwerk fordert deshalb einen Ausbildungsbonus, solange Betriebe kein Kurzarbeitergeld für Auszubildende erhalten. Das Land soll unterstützen, indem es für Lehrlinge in kurzarbeitenden Betrieben in den ersten sechs Wochen die Vergütung übernimmt. **mb/jn**

SYSTEMRELEVANZ

Bescheinigungen zur kritischen Infrastruktur

Das Land Baden-Württemberg hat eine Liste erstellt, aus der entnommen werden kann, welche Branchen systemrelevant sind und zur kritischen Infrastruktur zählen. Betroffene Unternehmen können sich von den Ortspolizeibehörden in den Rathäusern der Städte und Gemeinden am Sitz des Unternehmens oder am Ort der Niederlassung eine entsprechende Bescheinigung ausstellen lassen. Damit soll sichergestellt werden, dass es bei diesen Unternehmen und Unternehmen der kritischen Infrastruktur nicht zu Lieferengpässen kommt. Hintergrund ist, dass manche Zulieferer ihre Auftraggeber nur noch bei Vorlage eines solchen Nachweises bedienen. **jn**

www.bwhht.de/kritis

MITTELSTAND DIGITAL



Das Beratungsgespräch beim Digitalisierungsscheck kann jetzt auch ohne persönlichen Kontakt als Videokonferenz stattfinden.

Foto: Fraunhofer IAO

Digichecks jetzt auch online

Das Mittelstand 4.0 Kompetenzzentrum Stuttgart hat auf die Corona-Krise reagiert und bietet seinen kostenlosen Digitalisierungsscheck für Handwerksunternehmen jetzt auch ohne direkten persönlichen Kontakt an – das Beratungsgespräch zwischen Betrieb und Berater kann auch per Videokonferenz stattfinden, der anschließende Beratungsbericht kommt sowieso per E-Mail. Der Check bietet einen ganzheitlichen Blick auf den Digitalisierungsgrad des eigenen Betriebs und gibt konkrete Verbesserungsempfehlungen. **jn**

www.bwhht.de/digichcek

IMPRESSUM

Verantwortlich: Oskar Vogel, Redaktion: Marion Buchheit, Heilbronner Straße 43, 70191 Stuttgart, Tel. 0711/263709-105, E-Mail: mbuchheit@handwerk-bw.de